



MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

Bevölkerungswissenschaft

Ausgabe 6

Humboldt-Universität zu Berlin

Juli 2000



Deutschland: 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung

Mitte Juli 2000 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung für Deutschland. Die 8. koordinier-

Konkret erwarten die Statistiker eine Zunahme der Lebenserwartung bei Geburt um 4 Jahre bis zum Ende des Prognosezeitraumes.

Eine zweite Veränderung der Annahmen betrifft die internationalen Wanderungen. Die Vorbereitung der Vorausschätzung von 1993 stand unter dem Eindruck der hohen Wanderungsgewinne der Jahre 1989 bis 1992. Damals hatte man als wahrscheinlichstes Szenario für die Zukunft einen durchschnittlichen jährlichen Wanderungsgewinn von 200.000 Personen erwartet. In weiteren Szenarien wurden jährliche Wanderungsgewinne von 100.000 oder 300.000 Personen angenommen. Unter dem Eindruck der gegenwärtig geringen Zuwanderungsgewinne geht die aktuelle Vorausschätzung nur noch von zwei Wanderungsszenarien aus: 100.000 und 200.000 Personen jährlich. In der Periode 1960 bis 1998, also vom Beginn der Gastarbeiteranwerbung über den Anwerbestopp, den Zustrom von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen Anfang der 90er Jahre bis zur aktuellen Rückkehr der Bosnienflüchtlinge, hatte die Bundesrepublik im Durchschnitt einen positiven jährlichen Wanderungssaldo von 165.000 Ausländern.

Nicht verändert wurden die Annahmen zur Fertilität. Sie soll auf dem niedrigen Stand bleiben, den sie in Westdeutschland seit Anfang der 80er Jahre hat: 1.400 Kinder je 1.000 Frauen. Insgesamt befinden sich die Annahmen dieser jüngsten Bevölkerungsvorausschätzung weitgehend im Konsens mit dem bevölkerungswissenschaftlichen Mainstream.

Die Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung weichen nicht spektakulär von den Resultaten früherer Projektionen ab, insbesondere wenn man Szenarien mit ähnlichen Wanderungsannahmen vergleicht (siehe Tabelle). Die 8. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung rechnete in dem Szenario mit 100.000 Personen jährlichem Wanderungsgewinn für 2040 eine Bevölkerungsgröße von 67,6 Mio. Personen aus. Die aktuelle Vorausschätzung kommt bei gleichen Wanderungsannahmen, jedoch steigender Lebenserwartung, für den selben Zeitpunkt auf 70,5 Mio. Einwohner. Zum Ende des Projektionshorizontes wird die Bevölkerung in Deutschland dann weiter auf unter 65 Mio. gesunken sein. Eine Differenzierung der in Deutschland lebenden Bevölkerung nach Nationalität oder nach Geburtsort (Deutschland/Ausland) wird von der Vorausschätzung des Statistischen Bundesamtes nicht vorgenommen.

Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzungen im Vergleich

	Bevölkerung, Mio.			Altenquotient, %		
	2030	2040	2050	2030	2040	2050
7. koordin. BV						
Wandg. 60.000	69,9	72,7
8. koordin. BV						
Wandg. 100.000	73,7	67,6	...	71,1	71,2	...
Wandg. 200.000	77,4	72,4	...	67,8	67,8	...
Wandg. 300.000	81,1	77,1	...	65,0	65,0	...
9. koordin. BV						
Wandg. 100.000	75,2	70,5	64,9	73,0	76,2	80,0
Wandg. 200.000	78,0	74,5	70,4	69,6	71,7	74,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

te Bevölkerungsvorausschätzung war 1993 veröffentlicht worden.

Die aktuellen Vorausschätzungen haben den

Projektionshorizont bis zum Jahr 2050 verlängert und eine Reihe von Annahmen verändert. Dies betrifft zum einen die zukünftige Entwicklung der Sterblichkeit. Die vorhergehende Runde von Vorausschätzungen hatte für den Zeitraum ab 2000 keine weiteren Gewinne in der Lebenserwartung mehr angenommen. Diese Annahme konnte mit Blick auf die Entwicklung in anderen westlichen Gesellschaften und aufgrund jüngster Daten nicht mehr aufrechterhalten werden. Die neue Bevölkerungsvorausschätzung geht von einer Verlängerung der Lebenszeit auch in den nächsten Jahrzehnten aus.

Inhalt:

- Deutschland: 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung 1
- Deutschland: Bevölkerungswachstum trotz historischem Tiefstand bei Geburten 2
- Deutschland: Einwanderungs- und Asyldebatte geht weiter 2
- Deutschland: Nach Green Card nun Blue Card 3
- Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland 4
- Europa: Illegale Einwanderung als lukrativer Wirtschaftszweig konkurrierender Schleuserbanden 5
- USA: Einfluss der lateinamerikanischen Minderheit auf den Präsidentschaftswahlkampf 5
- Literatur 6
- zusätzlich in der Internetausgabe: (www.demographie.de/newsletter)
- EU: Innenausschuss des Europa-Parlaments beschließt umstrittene Richtlinie zu Familiennachzug
- Italien: Erhöhung der Einwandererquote geplant
- Schweiz: Neues Ausländergesetz im Gesetzgebungsverfahren
- XIII. Internationale AIDS-Konferenz in Durban

Auch bei der Entwicklung der Altersstruktur sind die Unterschiede eher graduell. Die 1993er Vorausschätzung kam für 2040 auf 71,2 Personen im Alter von 60 und älter je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 (Altenquotient). Demgegenüber kommt die aktuelle Vorausschätzung dank steigender Lebenserwartung auf einen höheren Altenquotienten von 76,2 für 2040 und 80,0 für 2050. Diese Entwicklung bedeutet eine gewaltige Herausforderung für die Rentenversicherungen.

Obwohl die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung sich nicht grundsätzlich von früheren Revisionen unterscheiden, kann man erwarten, dass sie von Gesellschaft und Politik diesmal anders aufgenommen werden. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johannes Hahlen, mahnte auf der Pressekonferenz eine

politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der demographischen Entwicklung an. Die „Faktenresistenz“ der Politiker scheinete jetzt offenbar zu Ende zu gehen. Dies bezieht sich zweifellos auch auf die aktuellen Anstrengungen zur Reform der Rentenversicherungen. Zugleich wies Hahlen darauf hin, dass Zuwanderung den Alterungsprozess der nächsten Jahrzehnte nicht stoppen könne. Um diesen Trend zu stoppen, müssten jährlich 3,5 Mio. Menschen nach Deutschland zuwandern.

Das Statistische Bundesamt bietet den Text der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung auf seiner Website kostenlos als PDF-Datei an. Eine CD-ROM mit einer ausführlichen Präsentation und allen Tabellen soll ab August verfügbar sein. *Ralf Ulrich, Eridion GmbH*

Deutschland: Bevölkerungswachstum trotz historischem Tiefstand bei Geburten

Die demographische Entwicklung des Jahres 1999 war durch einen deutlichen Geburtenrückgang, ein entsprechendes Geburtendefizit und durch einen Wanderungsüberschuss sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern geprägt.

1999 kamen in Deutschland rund 771.000 Kinder zur Welt, ein Minus von 1,8% gegenüber 1998. In Summe bedeutete dies 1,3 Kinder pro Frau. Allerdings werden rund 30% der heutigen Generation potenzieller Mütter voraussichtlich kinderlos bleiben. Der Geburtenrückgang konzentrierte sich auf Westdeutschland (-2,7% auf 664.000), während in Ostdeutschland die Geburten, wie schon in den vorangegangenen Jahren, weiter zunahmen (+3,8% auf 107.000). 676.000 Kinder kamen mit deutscher Staatsbürgerschaft zur Welt (-1,4% gegenüber 1998), 95.000 waren bei Geburt Ausländer (-4,8%).

Auch die Zahl der Gestorbenen ging 1999 zurück. Bundesweit starben 846.000 Personen (-0,7%). Insgesamt lag die Zahl der Geburten um 76.000 unter der Zahl der Sterbefälle (Geburtendefizit 1998: 67.000). Der europäische Vergleich zeigt: In Deutschland lag der Geburtenrückgang des Jahres 1999 deutlich über dem EU-Durchschnitt (Geburten EU: -0,5% gegenüber 1998).

Trotz des Geburtendefizits wuchs die legal anwesende Bevölkerung 1999 gegenüber dem

Vorjahr um 126.000 Personen bzw. +0,2% (1998: -20.000). Zur Jahreswende 1999/2000 hatte Deutschland rund 82,2 Mio. Einwohner. 74,8 Mio. Einwohner waren Deutsche (+104.000), darunter auch rund 2 Mio. Doppelstaatsbürger, 7,3 Mio. waren legal anwesende Ausländer (+24.000).

Alleiniger Grund für das Bevölkerungswachstum des Jahres 1999 waren der Zuzug von 105.000 Aussiedlern (1998: 103.000) und Wanderungsüberschüsse bei den Ausländern (+118.000). So kamen 1999 rund 674.000 Ausländer legal ins Land (1998: 606.000), während 556.000 Ausländer freiwillig oder durch Maßnahmen der Behörden Deutschland wieder verließen (1998: 639.000). Nach zwei Jahren mit negativem Wanderungssaldo der Ausländer gab es somit im Vorjahr wieder einen Wanderungsüberschuss. Auch bei den Aussiedlern war die Zuwanderung erstmals seit 1990 wieder etwas größer als im Vorjahr.

In Westdeutschland nahm die Bevölkerung in fast allen Bundesländern zu, Ausnahmen bildeten nur Bremen und das Saarland. In Ostdeutschland gab es fast durchweg abnehmende Einwohnerzahlen. Eine Ausnahme bildete nur Brandenburg, das vor allem vom Zuzug aus dem demographisch schrumpfenden Berlin profitiert. *rm*

Deutschland: Einwanderungs- und Asyldebatte geht weiter

Die Debatte um die Ausgestaltung zukünftiger Zuwanderungs- und Asylpolitik hält an. Nach den Kontroversen der vergangenen Monate sind sich die Parteien inzwischen einig, dass Zuwanderung gesetzlich neu geregelt werden muss. Gravierende Unterschiede bestehen jedoch in der Frage einer möglichen Änderung des Asylrechts.

Seit Mitte Juli stehen die Mitglieder der von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) einberufenen Kommission zum Thema Einwanderung bis auf ein Mitglied fest (www.demographie.de/ aktuell). Schily wird in den kommenden Wochen diese weitere Person für die 21-köpfige

Kommission benennen. Trotz starker Kritik aus ihrer eigenen Partei übernimmt die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) den Vorsitz. Hans-Jochen Vogel (SPD), Bundesjustizminister a.D., fungiert als ihr Stellvertreter. In der Kommission sind weitere nicht mehr aktive Politiker von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Vertreter der Wirtschaft, der Kirchen und der Gewerkschaften sowie zwei Wissenschaftler vertreten.

Die überparteiliche Sachverständigenkommission soll bis Mitte nächsten Jahres „praktische Lösungsvorschläge und Empfehlungen



für eine neue Ausländer- und Zuwanderungspolitik“ erarbeiten, so Schily. Nach Angaben des Innenministeriums (BMI) wird sich die Kommission voraussichtlich am 11. September 2000 konstituieren und durch eine Geschäftsstelle unterstützt werden.

Die Ausländerbeauftragte, Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen), forderte einen notwendigen Perspektivwechsel in der Ausländerpolitik und ein Ende der „Abschottungsphase“. Sie regte ferner eine Diskussion über mögliche Regelungsinstrumente für zukünftige Arbeitsmigration an. Beispielsweise könnte die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften an eine Ausbildungsverpflichtung der Unternehmen geknüpft werden, so Beck. Sie erhoffe sich von der Sachverständigenkommission unbürokratische und phantasievolle Lösungen.

Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich dafür aus, im Anschluss an die Arbeit der Kommission noch in dieser Legislaturperiode ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Auch Innenminister Schily schloss nicht aus, dass gesetzliche Neuregelungen zur Zuwanderung bis 2002 umgesetzt werden könnten.

Die Unionsparteien lehnten anfangs ein Einwanderungsgesetz vehement ab, nahmen inzwischen jedoch eine Kurskorrektur vor. Sie einigten sich auf die Linie, Zuwanderung von Ausländern, die für Deutschland nützlich sind, grundsätzlich zu befürworten. Der Berliner Innensenator Eckart Werthebach (CDU) sprach von einer „gesteuerten Zuwanderung von Ausländern einer qualifizierten, gebildeten und leistungsberei-

ten Mittelschicht“. Allerdings fordern die Christdemokraten im Zuge der gesetzlichen Neuregelung von Zuwanderung eine Änderung des Asylrechts. Die Zahl der Asylbewerber soll nach Ansicht von CDU/CSU reduziert werden, um „Platz“ für Einwanderer zu schaffen.

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) legte Mitte Juli ein eigenes Strategiepapier „zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ vor. Hauptziel soll es sein, Deutschland „auch künftig nicht zum Einwanderungsland“ werden zu lassen, denn die Gesamtzuwanderung sei ohnehin schon zu hoch. Weitere Schwerpunkte sind die Einführung der so genannten Blue Card (siehe S. 3) sowie die Verringerung des Asylmissbrauchs.

In Bezug auf das Asylrecht verständigten sich die Fraktionsführer von SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf, das Grundrecht auf Asyl (§16a GG) unangetastet zu lassen. Allerdings will Schily das Anerkennungsverfahren für Asylsuchende straffen. Der Verwaltungsaufwand soll verringert und unnötige Gerichtsverfahren vermieden werden. Anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl), Albert Schmid (SPD), regte Schily ferner die Einführung eines Asyl-Beirats für strittige Fälle an. Nach seinen Vorstellungen könnten diesem Gremium Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderer wichtiger gesellschaftlicher Gruppierungen angehören. Administrativ könnte der Beirat beim BAFl angesiedelt werden, so Schily. as

Deutschland: Nach Green Card nun Blue Card

Wie erwartet stimmte der Bundesrat am 14. Juli 2000 den Verordnungen zur Green Card zu, mit der bis zu 20.000 Computerspezialisten aus Nicht-EU-Ländern unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland arbeiten können (vgl. MuB 2-4/2000).

Die vom Wirtschaftsausschuss des Bundesrates vorgelegten Nachbesserungsforderungen wurden abgelehnt. Beispielsweise sollte das geforderte Mindesteinkommen von 100.000 DM auf 75.000 DM brutto pro Jahr gesenkt werden. Auch die Verlängerungsmöglichkeit der Arbeitserlaubnis über 5 Jahre hinaus, wie sie der Ausschuss vorgeschlagen hatte, wird es vorläufig nicht geben.

In den vergangenen Monaten waren bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, die eine spezielle Jobbörse für ausländische Fachleute aus

der Informationstechnologie eingerichtet hat, über 17.500 Anfragen eingegangen (siehe Box). Die meisten Anfragen kamen aus Indien, gefolgt von Pakistan und Algerien.

Parallel dazu entwickelte Bayern Anfang Juli ein so genanntes „Blue Card“-Programm, das am 4. Juli von der bayerischen Landesregierung beschlossen wurde. Die Vergabe

der Blue Card soll stärker am Arbeitsmarkt ausgerichtet sein und ist von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig: „Wer arbeitslos wird, muss wieder ausreisen, wenn er der Sozialkasse zur Last fällt“, so der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU). Bayern will damit verhindern, dass „falsche Signale“ vom Gesetzgeber in Richtung Zuwanderung ausgehen.

Per Verwaltungsanweisung sollen die blauen Karten unbürokratisch an Spezialisten vergeben werden. Bayern will die Blue Card nicht nur auf Experten aus dem Bereich der Informationstechnologie beschränken, sondern berufs offen an der Arbeitskräftenachfrage orientieren. Anders als bei der Green Card-Initiative der Bundesregierung, der die Länderkammer zustimmen musste, hält Beckstein das bayerische Modell nicht für zustimmungspflichtig. Die bayerischen Grünen kritisierten den Vorstoß der CSU: „Wenn Zuwanderung als arbeitsmarktpolitisch sinnvoll und humanitär unabweisbar bezeichnet wird, klingt das gut. Im gleichen Atemzug ist jedoch davon die Rede, das Grundrecht auf Asyl abzuschießen“, kritisierte Landeschef Jerzy Montag.

Bremen, Niedersachsen und Hessen schlossen sich der Initiative Bayerns bereits an. Im hessischen Wiesbaden kritisierten SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Vorstoß als „unaus-

Nachfrage nach Green Cards

Erstanfragen:	17.521 Interessenten
davon:	
Indien	3.056
Pakistan	2.337
Algerien	1.457
Rumänien	868
Bulgarien	822
Russland	761
Jugoslawien	486
Bewerber:	4.081 (Bewerbg. eingereicht)
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (Stand 20. Juli 2000)	

gegoren“ und sprachen von einer „Hire-and-Fire-Politik“. Denn nach Verlust des Arbeitsplatzes sollen Blue Card-Inhaber lediglich noch zwei bis drei Monate im Land bleiben dürfen, um sich eine neue Stelle zu suchen. Gelingt ihnen dies

nicht, müssen sie Deutschland verlassen. Einen Anspruch auf Arbeitslosen- und Sozialhilfe gibt es nicht. Auch Schleswig-Holstein steht der Blue Card nicht ablehnend gegenüber. as

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

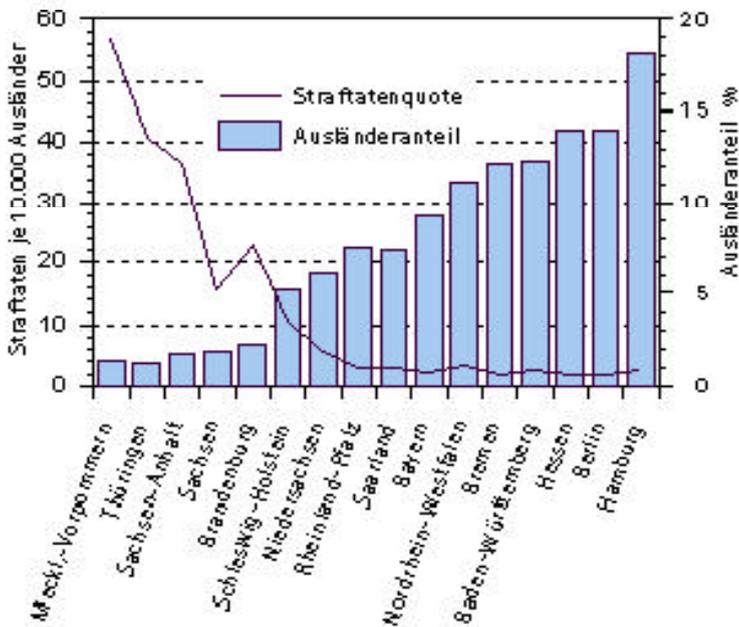
Nach dem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen vom 16. Juli 2000 warnten Politiker und der Verfassungsschutz vor einer Zunahme der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsextremismus in Deutschland.

Die 90er Jahre brachten für Deutschland eine Welle xenophober und minderheitenfeindlicher Ausschreitungen: 1991 wurden insgesamt 1.483

unterscheidet sich kaum von den 90er Jahren. Insgesamt sind nach Angaben des Deutschen Bundestags in diesem Jahr in Deutschland bereits sechs Tote zu beklagen und mehrere hundert Personen Opfer von Fremdenhass geworden.

In den letzten Jahren ereigneten sich rund 75% der fremdenfeindlichen Übergriffe in den alten und 25% in den neuen Bundesländern. Berücksichtigt man den Ausländeranteil in den neuen Bundesländern, so lag dieser in den 90er Jahren mit knapp 2% erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (9%). Setzt man jedoch die rechtsextremen Straftaten in Bezug zur ausländischen Bevölkerung, so zeigt sich, dass in den Bundesländern mit niedrigen Ausländeranteilen die Zahl der Übergriffe um ein Vielfaches höher liegt als in Ländern und Regionen mit hohem Ausländeranteil. So kommen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahresdurchschnitt 57 ausländerfeindliche Straftaten auf 10.000 anwesende Ausländer, in Hamburg dagegen nur 2 Straftaten. Somit besteht insbesondere in den neuen Bundesländern ein hohes Potenzial an Gewaltbereitschaft gegenüber der ausländischen Bevölkerung (siehe Abbildung). Legt man den bisherigen Verlauf zugrunde und rechnet man das Jahr hoch, so werden auch für 2000 rund 1.500 Gewalttaten zu verzeichnen sein.

Ausländerfeindliche Straftaten je 10.000 Ausländer und Ausländeranteile, 1997/98



Quelle: Ausländerbeauftragte 2000

rechtsextreme Gewalttaten registriert, fünfeinhalbmal soviel wie im Jahr zuvor. 1992 wurden beim Bundeskriminalamt (BKA) 2.584 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfasst. Dies bedeutete gegenüber 1991 einen Zuwachs von 74%. In den darauf folgenden Jahren reduzierte sich die Zahl der rechtsextremen Übergriffe. Aber allein zwischen 1996 und 1998 wurden nach Angaben des BKA noch immer jährlich etwa 1.500 rechtsextremistische Straftaten angezeigt (1996: 1.628; 1997: 1.972; 1998: 1.287, keine Angaben über das 2. Quartal). Die erste Hälfte des Jahres 2000

Über die Zunahme fremdenfeindlicher Ausschreitungen in Deutschland zeigte sich Bundespräsident Johannes Rau ebenso besorgt, wie Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden. Auch Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) verurteilte die Gewalt von Rechtsextremisten und forderte eine strenge juristische Verfolgung von Rechtsradikalen. Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) warnte davor, dass Rechtsextremismus zunehmend zum Standortnachteil und Investitionshemmnis für Deutschland werden könne. Die Bündnisgrünen wollen zudem eine Sonderkonferenz gegen Rechtsextremismus einberufen, um über Maßnahmen gegen zunehmende rechtsradikale Gewalt zu beraten. In einer Erklärung vom Forschungsverbund Berlin forderten Leiter und Beschäftigte von 40 wissenschaftlichen Instituten, die Auseinandersetzung über die Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu verstärken und warnten, dass Fremdenhass nicht zur gesellschaftlichen Normalität werden dürfe. *gle*

Europa: Illegale Einwanderung als lukrativer Wirtschaftszweig konkurrierender Schleuserbanden

Nach der Entdeckung von 58 toten chinesischen Migranten im Hafen von Dover (vgl. MuB-online

5/00) steht der von internationalen Banden organisierte Menschenschmuggel erneut im



Blickpunkt der Öffentlichkeit. Als erste Reaktion organisierte die französische EU-Präsidentschaft dazu im Juli in Paris kurzfristig eine Konferenz, an der Spitzenbeamte und Experten teilnahmen.

Nach Schätzungen der International Organization for Migration (IOM) wandern jährlich zwischen 300.000 und 500.000 Menschen illegal in Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein. Rund die Hälfte von ihnen stammt aus Krisengebieten, v.a. dem Kosovo, Afghanistan und dem Irak. Die andere Hälfte hofft durch den Gang ins Ausland auf bessere Arbeits- und Verdienstverhältnisse. Jedoch erfüllen nur die Wenigsten die Voraussetzungen für eine legale Einreise und Niederlassung, weshalb sich viele der Hilfe professioneller Menschenschmuggler bedienen. Auch bei den Toten von Dover handelte es sich allem Anschein nach um Personen, die aus wirtschaftlichen Gründen die Provinz Fujian im Südosten Chinas mit Hilfe von Schleusern verlassen haben.

Das Einschleusen von Migranten durch organisierte Banden ist ein lohnendes Geschäft. Abhängig vom Zielland werden „Gebühren“ von zum Teil über 100.000 Mark pro Person verlangt, welche die Einwanderer oft über Jahre in den Zielländern abarbeiten müssen. Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit in Europa durch Menschenschmuggel mit mehr als 10 Mrd. DM ein höherer Jahresumsatz als im internationalen Drogenhandel erzielt wird. Auf dem Markt international operierender Schleuser-Syndikate ist daher ein harter Kampf um Einflussphären und potenzielle Migranten entbrannt. Mehrfach kam es in der Vergangenheit zu offen ausgetragenen Feuden rivalisierender Banden.

Nach Einschätzung der IOM stellt Deutschland nach wie vor das beliebteste Zielland für

illegale Einwanderer dar. Nach Angaben des Jahresberichts des Bundesgrenzschutzes (BGS) wurden allein 1999 rund 38.000 Menschen beim illegalen Übertritt an den Grenzen Deutschlands aufgegriffen. Zwar ist die Zahl der illegal Eingereisten im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, doch stieg die Zahl der aufgegriffenen Schleuser im selben Zeitraum um 8% auf über 3.400 an. Die Zahl der Geschleusten nahm hingegen um 11,4% auf 11.100 Personen ab (vgl. MuB 7/99). Der BGS sieht hierin ein deutliches Indiz für einen veränderten „Modus Operandi“ der Schleuserorganisationen. Während sich diese in den Vorjahren auf das Schleusen von Großgruppen konzentrierten, ist nun ein Trend hin zu kleineren Personengruppen zu beobachten. Hauptaugenmerk der Grenzschützer liegt hierbei noch immer auf der deutsch-tschechischen Grenze. Allein hier wurden im Zeitraum des Jahres 1999 mehr als 1.000 Schleuser und rund 4.400 Geschleuste vorläufig festgenommen.

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) sieht eine erhebliche Mitverantwortung der EU-Staaten an der derzeitigen Situation der illegalen Einwanderung. So heißt es in einer im Juli dieses Jahres veröffentlichten Studie, dass die derzeitige Politik europäischer Regierungen „Teil des Problems und nicht der Lösung“ ist. Vor allen durch die restriktive Auslegung des Asylrechts würden Flüchtlinge zunehmend in die Illegalität gedrängt. *Sammi Sandawi, Humboldt-Universität Berlin*

Die UNHCR-Studie ist online verfügbar unter: www.unhcr.ch/evaluate/reports/traffick.pdf

Der Jahresbericht des BGS unter: www.bundesgrenzschutz.de/allgem/oeep_arbeit/jahresberichte/jbericht00/jb99main.htm

USA: Einfluss der lateinamerikanischen Minderheit auf den Präsidentschaftswahlkampf

Stärker als in bisherigen Wahlkämpfen versuchen die Präsidentschaftskandidaten dieses Jahr in den USA, Wählerstimmen aus dem Lager der ethnischen Minderheiten zu gewinnen. Vor allem die wachsende Gruppe der US-Bürger lateinamerikanischer Abstammung sehen sich in diesem Wahlkampf besonders umworben. Sie stellen bei den Präsidentschaftswahlen im November 2000 zwar nur 8% der Wählerschaft (1996: 5%), leben jedoch hauptsächlich in den strategisch wichtigen Bundesstaaten Kalifornien, Florida, Texas und New York.

Sowohl der Kandidat der Demokraten, US-Vizepräsident Al Gore, als auch der Kandidat der Republikaner und Gouverneur des Bundesstaates Texas, George W. Bush, schalten Wahlkampf-Spots und Anzeigen in spanischsprachigen Medien sowie im Internet. Auf Veranstaltungen in Orten mit einem hohem Bevölkerungsanteil von *Hispanic Americans* suchen beide Kandidaten öffentlichen Kontakt zu den führenden Latino-Organisationen in den USA und flechten spanische Worte oder Satzbau-

steine in ihre Reden ein. So besuchten sowohl Gore als auch Bush die nationalen Kongresse der League of Latin American Citizens (LULAC) Ende Juni und des National Council of La Raza (NCLR) Anfang Juli.

Derzeit genießt der texanische Gouverneur Bush ein für einen republikanischen Kandidaten außergewöhnlich hohes Ansehen unter den *Hispanics*. 51% der Wähler lateinamerikanischer Herkunft haben ein positives Bild von Bush, v.a. jene mexikanischer Abstammung im Bundesstaat Texas. Während rund 60% der *Hispanics* generell mit den Demokraten sympathisieren, wollen laut Umfragen nur knapp 50% für Gore stimmen. Umgekehrt identifizieren sich mehr Latinos mit dem Kandidaten Bush als mit der ihn aufstellenden Partei (34% zu 20%). Das negative Erscheinungsbild der Republikanischen Partei liegt v.a. an Gesetzesinitiativen gegen Einwanderung, wie z.B. der „Proposition 187“ (vgl. MuB 4/99; 6/99). Ferner trugen mehrere von der republikanischen Mehrheit des Kongresses verabschiedete Restriktionen der Einwanderungs- und Wohl-



fahrtsgesetze Mitte der 90er Jahre zu dem schlechten Image der Republikaner bei den ethnischen Minderheiten bei. Diese gesetzlichen Restriktionen führten ihrerseits zu einem sprunghaften Anstieg der Anträge auf Einbürgerung und damit des Wählerpotenzials dieser Neubürger. Zwischen 1993 und 1999 beantragten 6,4 Mio. legale Einwanderer ihre Einbürgerung, mehr als in den vorangegangenen 37 Jahren insgesamt.

Die weitaus größte Gruppe unter den potenziellen Wählern lateinamerikanischer Abstammung sind *Mexican Americans* mit rund 58%, gefolgt von Personen, deren Familien aus Zentral- und Südamerika (12%), Puerto Rico (11%), Kuba (7%) und der Dominikanischen Republik (4%) stammen.

Parteipräferenzen variieren entsprechend der Herkunft: Wähler mexikanischer Abstammung stimmten bisher überwiegend für die Demokraten, Amerikaner kubanischer Herkunft hingegen sind traditionell den Republikanern verbunden. Während der Präsidentschaftswahlen 1996 waren nur 36% der *Hispanics* im wahlberechtigten Alter auch als Wähler registriert (Afro-Amerikaner: 64%; Weiße nicht hispanischer Herkunft: 68%).

Dennoch gewinnen Wähler lateinamerikanischer Abstammung eine immer größere Bedeutung bei den Wahlen. Ihre Stärke liegt zum einen in der geographischen Konzentration. Etwa 90% der Hispano-Amerikaner leben in neun Bundesstaaten: Arizona, Kalifornien, Colorado, Florida, Illinois, New Jersey, New Mexico, New York und Texas. Diese Bundesstaaten stellen 75% der

für einen Wahlsieg entscheidenden 270 Wahlmännerstimmen von insgesamt 538 Wahlmännern. Allein in Kalifornien, in dem 1,5 Mio. wahlberechtigte und registrierte *Hispanics* leben (14% der dort registrierten Wählerschaft), sind 54 Wahlmänner zu bestimmen.

Zum anderen sind die Hispano-Amerikaner die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe in den USA. Projektionen zufolge werden die *Hispanics* zwischen 2000 bis 2020 zu rund 44% zum gesamten Bevölkerungswachstum beitragen, 2020 bis 2050 sogar zu über 60%. Mitte des 21. Jahrhunderts werden die Latinos demnach mit erwarteten 96,5 Mio. Personen rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung der USA ausmachen. In Kalifornien werden Latinos voraussichtlich bereits 2025 die größte Bevölkerungsgruppe sein. Die weiße, nicht hispanische Bevölkerung Kaliforniens stellt seit Anfang Juli 2000 erstmals nicht mehr die absolute Bevölkerungsmehrheit.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Rücksichtnahme auf die Minderheit lateinamerikanischer Herkunft leicht nachvollziehbar. "Es ist ein Kampf mit hohem Einsatz. Die Republikaner haben begriffen, dass sie nicht gewinnen können, wenn sie sich auf eine sinkende Zahl verärgerter weißer Männer verlassen", so Frank Sharry vom National Immigration Forum. *sta* Weitere Informationen online:

www.vistamagazine.com/julpoll.htm (Umfrage zu Wahlpräferenzen von Hispanics)

Literatur

Ein neuer Sammelband, der Ende 1999 anlässlich des 50. Geburtstages der Bundesrepublik erschien, zeigt, dass Zuwanderung in West und Ost ein bedeutender Teil der gesamten deutschen Nachkriegsgeschichte war und ist. Die vier Jahrzehnte bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte, aber auch die 40 Jahre DDR waren von unterschiedlichsten Migrationen geprägt, die das Gesicht des Landes fortwährend prägten und gestalteten: Den Vertriebenen und Flüchtlingen der unmittelbaren Nachkriegszeit folgten Arbeitsmigranten, Aussiedler und die neuen Migranten der 90er Jahre. Aber auch die binnendeutschen Wanderungen spielten zur Zeit des Kalten Kriegs eine bedeutende Rolle. Der Band stellt die Sicht einer

jüngeren Generation von Historikern, Soziologen, Politologen und Anthropologen dar, die zunehmend Quellen aus den sich öffnenden Archiven schöpfen können.

Jan Motte, Rainer Ohliger, Anne von Oswald (Hg.): *50 Jahre Bundesrepublik - 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt/M: Campus, 1999, 341 Seiten.

Das Buch kann für DM 58,- beim Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (LZZ) bestellt werden. Es wird portofrei zugesandt:

LZZ NRW, City-Turm, Kelderstraße 6, 42697 Solingen, Fax: (0212) 2323918, lzz-nrw@lzz-nrw.de

Impressum

Migration und Bevölkerung

Herausgeber: Rainer Münz, Ralf Ulrich
Bevölkerungswissenschaft, Humboldt-Universität Berlin
Unter den Linden 6, D-10099 Berlin
Tel. (030) 2093-1918, Fax: (030) 2093-1432, e-mail: MuB@sowi.hu-berlin.de
Homepage: www.demographie.de, online-Ausgabe: www.demographie.de/newsletter

Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Rainer Münz, Stefan Alscher, Gustav Lebhart, Veysel Özcan
ISSN: 1435-7194

Die Herausgabe des Newsletters *Migration und Bevölkerung* wird vom German Marshall Fund (GMF) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des GMF wieder. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten. Der Newsletter wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.